



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/220 - 26. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 84691 - 33

Faxschreiber 0866890

Hinweise
auf den Inhalt:

Offene Aussprache	S. 1
Zum Parteitag Labour's	S. 4
Zur Tagung des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes	S. 6
Höhere Rüstungslasten in Sicht	S. 6
Anhang (1): Entschliessung: Ohne demokratische Freiheit keine Sicherheit	
Anhang (2): Kommuniqué von der Sitzung der Führungsgremien der SPD am 25.9.1957 in Bonn	

Offene Aussprache

op- "Es gibt kein Problem, vor dem die Sozialdemokratie ausweichen kann und darf; weder auf der organisatorischen, noch auf der politischen Ebene." - Dieser Satz Ollenhauers war das Leitmotiv seiner Ausführungen vor den Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Mittwoch dieser Woche und am Donnerstag vor der Konferenz der SPD-Betriebssekretäre. Der Vorsitzende der SPD sprach damit das aus, was die Sozialdemokraten schon immer denken. Nicht erst seit dieser Wahl. Er unternahm damit aber gleichzeitig die Aufgabenstellung für die Vorbereitung des Parteitages 1958.

Zu den zahlreichen in der Öffentlichkeit im Augenblick über die Sozialdemokratie geführten Diskussionen meinte Ollenhauer, es gebe hierbei - wie überall und immer - gute und schlechte Ratgeber und Ratschläge. "Wenn man uns z.B. rät, wir sollten uns auf die NATO-Politik Adenauers gleichschalten, so ist das ein schlechter Rat. Das wäre der Anfang vom Untergang der SPD und damit vom Untergang der Demokratie in Deutschland."

Es ist kein Zufall, dass Ollenhauer gerade an dieser Stelle seiner Analyse des Wahlergebnisses und der Analyse der Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei sehr starken Beifall erhielt.

Es ist fast schon eine Binsenwahrheit, dass Deutschland und das deutsche Volk diesseits und jenseits der Ärmelgrenze nur im Zuge einer Entspannungspolitik zwischen Ost und West die ersehnte Sicherheit erreichen kann. Sicherheit im Sinne des militärischen, aber auch im - 2 -

Sinne der Erhaltung wirtschaftlicher Leistungen, wird es für unser Volk nie auf der Grundlage der militärischen Blockpolitik und im Zeichen der Spaltung Deutschlands und Europas gehen. Es ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, diesen Zustand, der von keinem ernstzunehmenden Publizisten oder Politiker bestritten werden kann, im Bewusstsein unseres eigenen Volkes, aber auch im Bewusstsein der Welt lebendig zu erhalten. Von dieser Aufgabe wird die Sozialdemokratie auch nicht durch das Ergebnis vom 15. September entbunden.

* * *

Es wird in letzter Zeit der SPD empfohlen, ihren Charakter als Mitgliederpartei" aufzugeben, um "nach aussen wirkungsvoller" werden zu können. Dazu Ollenhauer: "Ohne unsere mehr als 600 000 Mitglieder und Vertrauensleute hätten wir diesen Wahlkampf gegen einen von der Grossindustrie finanzierten Gegner überhaupt nicht führen können. Die Tatsache, dass wir eine Mitgliederpartei sind, dass die politische Willensbildung bei uns aus eigenen Erleben und unabhängig von finanziellen Einflussnahmen von aussen erfolgt, sichert uns die Stärke, der unabhängige und selbständige Faktor der deutschen Politik zu sein. Unsere Gegner würden nicht lieber sehen, als wenn wir diese Grundlage unserer Existenz und unserer Arbeit für das deutsche Volk aufgeben würden. Sobald eine politische Partei in finanzielle Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Kräften gerät, die aussserhalb ihrer eigenen Reihen stehen, verliert sie ihre innere Lauterkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung ihrer Politik."

Es ist schon gesagt worden, dass Erich Ollenhauer für jede vernünftige Reform, auch der Organisation der Partei, eintritt, Wer etwas anderes erwartet hätte, würde damit bewiesen haben, dass er recht wenig von der SPD versteht und noch weniger von dem Charakter ihrer führenden Männer.

Uneingeschränkte Zustimmung fand Ollenhauer in der Mittwochsitzung, als er sagte: "Wir haben gemeinsam den Wahlkampf vorbereitet und geführt, wir haben unsere Politik in langen Diskussionen miteinander erarbeitet und sie gemeinsam in Beschlüssen festgelegt. Deshalb tragen wir auch alle gemeinsam die Verantwortung für das, was jetzt zu geschehen hat." Ollenhauer liess keinen Zweifel darüber, dass er damit auch die Diskussionen über "Reformen an Haupt und Gliedern" meinte. Was er jedoch forderte - und das ist nicht nur sein gutes Recht, sondern sogar seine Pflicht -, das ist die offene Aussprache auf allen Ebenen der Partei.

* * *

In diesem Sinne verlief auch die Diskussion. Hierbei war folgendes besonders interessant: Kein einziger Diskussionsredner verzichtete auf die Feststellung, dass jede mögliche Änderung in organisatorischer oder personeller Hinsicht die Kernprobleme des demokratischen Sozialismus nur am Rande berühren würde. Alle Diskussionsteilnehmer brachten eindeutig zum Ausdruck, wie absurd es wäre, wollte man versuchen, die

Probleme der modernen Massendemokratie mit der ständig fortschreitenden Entmachtung des Parlaments durch finanzielle und an bestimmte Interessen gebundene Einflüsse von aussen durch kleine organisatorische Korrekturen lösen zu wollen. Mehrere Diskussionsredner wiesen deshalb auf die Verpflichtung der SPD hin, noch intensiver als bisher das geistige Spannungsfeld in dieser Massendemokratie zu erforschen.

Mit Recht wurde gesagt, es sei gegenstandslos, wenn man der SPD vorwerfe, sie treibe nur eine "Funktionärspolitik". Die Tatsachen sprechen dagegen. Schliesslich war es die SPD, die auf ihrem Münchener Parteitag im Jahre 1956 die Probleme der Zweiten Industriellen Revolution als erste politische Partei in Europa aufgriff, die "Mobilisierung des Geistes" forderte und damit Kräfte in unserem Volk in Bewegung brachte, die bisher abseits von der Politik gestanden hatten.

Die SPD ist auch die einzige Partei in Deutschland, in der die Diskussion über die Problematik der modernen Gesellschaft ständig in Fluss ist. Sie begnügt sich hierbei nicht mit der Erörterung von Einzelfragen "im engen Kreis ihrer eigenen Mitglieder", wie es kürzlich ein Publizist behauptete. Tatsache ist, dass die SPD wie keine andere deutsche politische Partei in den letzten Jahren auch ausserhalb der Partei stehende geistige Kräfte in die Diskussion um Grundsatzfragen der Existenz der deutschen Demokratie mit einbezog. Sie wird auf diesem Wege weiterschreiten, denn sie ist sich bewusst, dass ihr Wirken im politisch gesellschaftlichen Leben Deutschlands und Europas durch die Zusammenarbeit mit den geistig beweglichen Kräften unseres Volkes nur gefördert werden kann.

Alle diese Gedanken finden ihren Niederschlag in der einstimmig angenommenen Entschliessung, die wir im Anhang veröffentlichen.

* * *

Abschliessend noch ein Wort: Wir wiesen vor einigen Tagen darauf hin, dass diejenigen, die von den Diskussionen in der Sozialdemokratischen Partei sensationelle Ergebnisse erwarten, sicher eine Enttäuschung erleben würden. Heute können wir sagen, warum wir dieses schrieben: Weil wir wussten, dass es in der nächsten Umgebung des Bundeskanzlers eine Gruppe von Politikern gibt, die auf die raschliegende Idee gekommen waren - und sie auch ausgesprochen haben -, man müsse jetzt, sofort nach dem 15. September, den "Feind" daran hindern, sich zu sammeln. Uns ist auch bekannt, welche Methode erörtert wurde, wie dieses Ziel erreicht werden sollte. Sie lautete: einen gegen den anderen ausspielen! Die Parteiausschusssitzung am Mittwoch hat gezeigt, dass es den Gegnern der Sozialdemokratie nicht gelingt und nicht gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.

Freunde und ehrlich um das Schicksal der deutschen Demokratie Besorgte haben, wie wir, dieses Spiel durchschaut. Sie liessen sich nicht beirren. Auch wenn sie nicht in unseren Reihen stehen, bleiben ihre Ratschläge immer willkommen.

* * *

Die Entwicklung der Labour-Party

F.S., London

Nachdem die Labour Party die beiden letzten Parlamentswahlen verlor, bereitet sie sich nunmehr auf die nächste Entscheidung vor, die, wenn sich die konservative Regierung bis zum natürlichen Ablauf dieser Wahlperiode zu halten vermag, in spätestens zwei Jahren stattfindet. Nach dem Resultat einer Anzahl von Nachwahlen, besonders aber im Hinblick auf das Wahlergebnis in Gloucester, gelangt selbst der streng konservative "Economist" zu der Auffassung, dass die Tories nur dann die nächsten Wahlen zu gewinnen vermögen, wenn "ein persönlicher Riss zwischen Gaitskell und Deven eintritt, oder wenn die Partei von den Gewerkschaften im Stich gelassen wird".

Je unhaltbarer die Stellung der Regierung wird, um so eindringlicher ergeben sich ihre Vertreter und Anhänger in Mutmassungen über eine Spaltung der Arbeiterbewegung. "Gute Freunde" geben ihr weise Ratschläge und erhoffen in Wirklichkeit neue Spannungen. Tatsächlich wird auch dieser Parteitag Labours, der Montag in Brighton beginnt, Auseinandersetzungen bringen, die in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden, ohne dass es allerdings zu Rissen oder Spaltungen kommt.

Wer die Parteitage Labours nach dem Kriege besuchte, wird feststellen, dass keine Konferenz ohne programmatische Auseinandersetzung verlief. Richtungskämpfe sind in einer Bewegung wie die der Arbeiterpartei unausbleiblich. Grossbritannien hat während des letzten Jahrzehnts Krisen in einem Ausmass erlebt, die das Commonwealth und alle seine gesellschaftlichen Schichten zutiefst erschütterten. Gleichzeitig hat sich die Labour Regierung zu einer Massenorganisation entwickelt; sie vertritt ein politisches und wirtschaftliches Programm, das sie auf den linken Flügel der internationalen Arbeiterbewegung stellt. Die politische und wirtschaftliche Zielsetzung und der organisatorische Aufbau der Labour-Party sind in erster Linie der britischen Umwelt angepasst, die von der deutschen Perspektive so grundsätzlich abweicht, dass sich die beiden

Parteien vielleicht nur in ihren äussersten Randgebieten berühren.

Mehr als 1 000 Delegierte werden ab Montag den Parteitag besuchen, und schon am ersten oder zweiten Tage werden die Vorstandswahlen erfolgen. Vorsitzender wird Tom Driberg. Ebenso wie Aneurin Bevan, der zweifellos das Amt des Schatzmeisters behält, gehört er dem linken Flügel der Partei an. Sie zählt rund 845 000 Einzelmitglieder. Ihr sind jedoch 98 Gewerkschaften mit mehr als 5.6 Millionen Mitgliedern angeschlossen, die den Parteitag durch Blockstimmen majorisieren können. Erst die Gewerkschaften geben der Partei das finanzielle Rückgrat. Ihre Beiträge betrugen im abgelaufenen Jahre fast 143 000 Pfund, während die Parteiorganisationen nur etwa 13000 Pfund an die Exekutive abführten.

Durch eine Vorlage des Vorstandes "Industrie und Gewerkschaft" gewinnt dieser Parteitag besondere Bedeutung. In dieser Vorlage, in Broschürenform veröffentlicht, wird geplant, durch eine künftige Labour-Regierung geeignete Industriebetriebe auch weiterhin zu nationalisieren; andere Unternehmungen wiederum sollen durch die staatliche Übernahme des privaten Aktienbesitzes lediglich der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden.

Die Debatte über dieses Programm, das schon während des Gewerkschaftskongresses eine Rolle spielte, dort aber nicht genügend behandelt und nicht abgeschlossen wurde, wird zum Höhepunkt des Parteitages führen. Die Parteileitung dürfte alle Mühe haben, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre davon zu überzeugen, dass die Annahme weitgehender Forderungen eine künftige Labour Regierung nur belasten würde. Ihr Erfolg oder Misserfolg wird in entscheidendem Masse von diesem Wirtschaftsprogramm beeinflusst.

* * *

Unter falscher Flagge

RM. Als grösstes Ereignis im "gewerkschaftlichen Leben" der Sowjetzone feiert die Pankower Propaganda bereits heute den IV. Kongress des (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbundes, der vom 4. bis 15. Oktober in der Messestadt Leipzig tagen wird. Neben einer Flut von Propaganda, die sich in diesem Zusammenhang über die zonalen Betriebe ergiesst, bekommen die Arbeiter es aber auch nachhaltiger zu spüren, dass dieses Ereignis steigt. "Zu Ehren des Kongresses" - wie es wörtlich heisst - werden den Brigaden Sonderverpflichtungen auferlegt, die sie meist ohne Bezahlung zu erfüllen haben. Solche Sonderverpflichtungen bestehen in vorfristiger Planerfüllung (ein Betrieb meldete bereits einen Planvorsprung von 17 Tagen), unbezahlten Sonderschichten oder Beteiligung an irgendwelchen staatlichen Aufbauprogrammen.

Damit wird bereits klar, wie irreführend der Begriff "Gewerkschaftsarbeit" oder "Gewerkschaftskongress" ist. Traditionelle Aufgabe echter Gewerkschaften war es immer, die Rechte der Arbeiter zu bewahren und ihnen einen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Die sogenannten Gewerkschaften des Ostblocks jedoch, die dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) angehören, vertreten nicht etwa die Interessen der Arbeitnehmer gegen den dortigen Arbeitgeber Staat, sondern sie betrachten es als einziges und vordringliches Anliegen, die Erfüllung staatlicher Pläne um jeden Preis und auf Kosten der Arbeiter zu sichern.

Tatsächlich ist es eine der grossen Fragen des Leipziger Kongresses, gegen das sogenannte "Nur-Gewerkschaftertum", den "Ökonomismus in den Gewerkschaften" vorzugehen. Bei vertraulichen Vorbesprechungen für den Leipziger Kongress in Moskau, bei denen als Vertreter der Sowjetzone der Vorsitzende des FDGB, Warnke, anwesend war, wurde gerügt, dass sich solche Tendenzen besonders in den Zwangsgewerkschaften Polens, der DDR und der deutschen Sowjetzone breit machen. Es ist in diesen Ländern zu beobachten, dass sich in steigendem Masse untere und mittlere Funktionäre der kommunistischen Gewerkschaften auf die echten freigewerkschaftlichen Traditionen besinnen, um die Arbeiter bei ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, höheren Löhnen und sozialem Fortschritt zu unterstützen. Nach Ansicht der Moskauer Zentrale ist aber diese Haltung ein Ausdruck der "Feinarbeit" innerhalb der kommunistischen Gewerkschaften, die Teil des Antreibersystems sind und bleiben sollen.

Gewisse Schwierigkeiten, diese Linie durchzusetzen, ergeben - 7 -

sich aus der Tatsache, dass auch eine Reihe von kommunistischen Gewerkschaften aus westlichen Ländern dem WGB angehören und in Leipzig vertreten sein werden. Hier ist vor allem die CGT zu nennen, die noch heute die grösste Gewerkschaftsorganisation Frankreichs ist. Im Westen besteht die kommunistische Gewerkschaftstaktik umgekehrt gerade darin, die demokratischen Gewerkschaften durch weit höhere und radikalere Forderungen auszustechen, wobei es den Organisatoren völlig gleichgültig erscheint, dass diese Forderungen unrealistisch sind. Hier sorgfältig eine theoretische Scheidung herbeizuführen und zu verhindern, dass die linke Hand erfährt, was die rechte tut, wird eines der schwierigsten Regiekunststücke in Leipzig werden.

Eine Gemeinsamkeit jedoch wird man für die kommunistischen Gewerkschaften in Ost und West betonen: der Kampf gegen das Margewerkschaftertum. Drückt es sich im Osten so aus, dass die Arbeiter eine verbesserte Lebenslage vor die sture Planerfüllung stellen, ist es nach WGB-Auffassung im Westen so gelagert, dass man gelenkt durch den wirtschaftlichen Kampf auf Bemühungen versichtet, die demokratische Grundordnung in diesen Ländern zu unterwühlen und zu stürzen. Der gleiche Name tritt hier für zwei Verhaltensweisen in ganz verschiedenen Situationen des gesellschaftlichen Lebens in Erscheinung. Im Grunde genommen aber zeigt es, wie wenig die Kommunisten in jeder Situation an einer wirklichen Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter interessiert sind.

Ein letzter Gesichtspunkt ist die Ortwahl des Kongresses. Moskau will damit offensichtlich demonstrieren, dass es der DDR nach wie vor grosse Bedeutung beizumisst. Man will den Zonenstaat im Gespräch halten, um irgendwann einmal doch zum Ziele zu gelangen, der Anerkennung der Zonenpolitik. Dass sich diese Bemühungen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt verstärken, nimmt nicht wunder. Mit dem Sieg Adenauers bei den Bundestagswahlen hat man jenseits des 'Eisernen Vorhangs' die Sicherheit wiedererlangt, dass auch in den nächsten vier Jahren die grosse Initiative ausbleiben wird, die Moskau in die Zwangslage versetzen könnte, der Einheit in Freiheit zuzustimmen. So hat man genügend Zeit und Wasse, in dieser Frist nach Mitteln und Wegen zu suchen, um durch die Anerkennung des Zonenstaates endgültig vollendete Tatsachen zu schaffen. In diesem Sinne ist der Kongress in Leipzig der Beginn einer neuen Offensive, um die DDR ins internationale Spiel zu bringen, und sei es auch durch die Hintertür.

Die Quittung

sp. Schneller als es den Siegern des 15. September lieb sein kann, stellen sich die Folgen ihres Sieges ein. Es sind höchst unangenehme Folgen, und wir alle haben darunter zu leiden. In der Bundesrepublik selbst kommt die Preislawine ins Rollen. Mit den Kohlen wurde der Anfang gemacht, die Erhöhung der Eisenbahntarife wird bald folgen, Mietpreiserhöhungen liegen in der Luft und mit dem Anstieg der Preise für Textilien ist ebenfalls zu rechnen. Die Geldgeber der CDU/CSU verlangen jetzt ihren Lohn und die Regierung ist nicht in der Lage und trotz aller Schaufschlägerei auch nicht willens, dem Übermut der wirklichen Herren der Bundesrepublik Grenzen zu setzen. Sie stehen jetzt an der Kasse.

Auch die Verbündeten der Bundesrepublik wissen die Entscheidung des 15. September richtig einzuschätzen. Sie stellen erhöhte Forderungen an die Leistungskraft Westdeutschlands an. Wie gebannt blicken sie auf die Gold- und Devisenflühe der Bank deutscher Länder. Sie zu verringern ist ihr Ziel. Wie kann das am besten und schnellstens erreicht werden? Die Erhöhung der deutschen Rüstungslast erweist sich als der einfachste Weg. Nach Mitteilungen des Bonner Botschafters Blankenhorn bei der NATO werden die NATO-Mächte auf ihrer Sitzung im Oktober von der Bundesrepublik die Erhöhung des Rüstungsbeitrages von neun auf zwölf Milliarden DM verlangen. In dieser "bescheidenen" Forderung sind die Stationierungskosten nicht berücksichtigt, gegen deren Weiterzahlung sich zwar der Bundesfinanzminister Schäffer wehrte, sie aber nicht verändern konnte. In den bisherigen Verteidigungsausgaben waren gewisse Sozialleistungen und die Berlin-Hilfe enthalten. Diese sollen nicht mehr als "Wahrbeitrag" angerechnet werden, so dass sich die Ausgaben für die Rüstung noch um viel mehr als um drei Milliarden Mark vergrößern werden.

Mit Sicherheit hat dies alles nichts zu tun. Die Alliierten verfolgen - wie selbst der Bundesfinanzminister Schäffer feststellte - nur ihre eigenen Interessen. Man kann ihnen daraus nicht einmal einen Vorwurf machen. Sie betrachten die Bundesrepublik, ermuntert durch den Wahlausgang vom 15. September, als einen zahlungskräftigen Partner, von dem man nie genug abverlangen kann. Von der Bundesregierung ist kein Widerstand zu erwarten. Sie ist der Gefangene einer Politik, die sie selbst gewollt, aber deren unvermeidliche Folgen sie den 35 Millionen Wählern der Bundesrepublik verschwiegen hat.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Ohne demokratische Freiheit keine Sicherheit

Die Führungsgremien der Sozialdemokratie zur politischen Lage nach dem 15. September

Die Sozialdemokratische Partei dankt den 9 1/2 Millionen Wählerinnen und Wählern, die sich bei dieser Wahl zur Politik der Sozialdemokratie bekannt haben. Den Mitgliedern, Vertrauensleuten und Wahlhelfern der Sozialdemokratie gilt unser besonderer Dank. Sie waren während des Wahlkampfes unermüdlich am Werk, die durch die Gelder der Industrie geschaffene finanzielle Übermacht und die Propagandalawine der CDU/CSU durch ihre Opferbereitschaft wettzumachen.

Alle diese Männer und Frauen haben sich in klarer Erkenntnis der Lebensfragen unseres Vaterlandes für eine Politik des Friedens und der Abrüstung, der Föderalisierung in gesicherter Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Geistesfreiheit entschieden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen.

Im Gegensatz dazu zeigen die ersten Preiserhöhungen kurz nach der Wahl, wie schonlos Millionen von Wählerinnen und Wählern von der CDU/CSU irreführt worden sind.

Die Sozialdemokratie sieht es als ihre Aufgabe an, durch zielbewusstes Wirken die demokratischen Freiheiten zu schützen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Ohne demokratische Freiheit und soziale Gerechtigkeit gibt es auf die Dauer keine Sicherheit.

Der Wahlkampf und sein Ausgang haben die Sozialdemokratie zwingend vor die Aufgabe gestellt, zu prüfen, welche Schwerpunkte eine moderne Sozialdemokratische Partei ihrer Arbeit im Kampf für die demokratische Freiheit und die soziale Sicherheit geben muss. Zur Lösung dieser Aufgabe müssen

die Wahlergebnisse mit ihren regionalen Unterschieden gründlich untersucht,

die Arbeiten an der geschlossenen Darstellung der sozialdemokratischen Vorstellungen und Aufgaben beschleunigt fortgeführt,

die Aktion zur Mobilisierung des Geistes in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und den Ländern weitergehen, denen in der gegenwärtigen Lage eine besonders wichtige Rolle in der Erhaltung der staatsbürgerlichen und kulturellen Freiheit zufällt,

die jungen Menschen mit dem Willen der Sozialdemokratie vertraut gemacht und

die Organisation der Sozialdemokratischen Partei überprüft werden, damit sie in die Lage versetzt wird, alle Schichten der Bevölkerung an ihrer Arbeit teilnehmer zu lassen.

Der im Jahre 1958 stattfindende Parteitag der SPD wird über alle diese Fragen zu diskutieren und zu entscheiden haben. Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie sind aufgerufen, zur Vorbereitung dieses Parteitages ihren geistigen Beitrag zu leisten.

Bonn, den 25. September 1957

* * *

K o m m u n i q u é

von der Sitzung des Vorstandes-Parteiausschusses und der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 25.9.1957 in Bonn.

Die Führungsgremien der SPD erörterten nach einem grundlegenden Referat des Vorsitzenden Erich Ollenhauer das Wahlergebnis und die sich jetzt ergebenden Aufgaben der Partei. Hierbei kam übereinstimmend zum Ausdruck, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geschlossen Versuche der Aufspaltung durch von aussen in sie hereingetragene unsachliche Diskussionen mit aller Entschiedenheit zurückweist. Sie respektiert das Bemühen besorgter Demokraten, ihr im Kampf um die Erhaltung der demokratischen Grundrechte in der Bundesrepublik behilflich zu sein und dankt diesen ehrlichen Freunden, auch wenn sie ausserhalb der Sozialdemokratischen Partei stehen.

Die Partei wird nach einer gründlichen Analyse des Wahlergebnisses und im Rahmen einer Grundsatzdiskussion über ihre aktuelle Politik und die Ziele des demokratischen Sozialismus auf dem ordentlichen Parteitag 1958 zu den aus der Diskussion erarbeiteten Vorschlägen politischer und organisatorischer Art Stellung nehmen.

Von allen Diskussionsteilnehmern wurde festgestellt, dass es in der SPD keine sogenannten Fächer gibt. Die grosse politische und persönliche Leistung Ollenhauers im Wahlkampf und bei der Führung der Partei wurde einstimmig anerkannt. Die Fragen der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie werden in der am kommenden Freitag stattfindenden ersten Sitzung der neuen Bundestagsfraktion erörtert werden.

* * *